

Die Zeitung erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Bestellung ohne Zustellgebühr monatlich 2,00 M., bei Zahlung unter Streifenband 4,00 M. Die Zeitung ist in den ersten Ausgaben des Postjahres für 1919 eingetragene.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verleger: Kurt Nordens 2095 und 2096.

Interests fallen bis achtstündlich. Nonparillabelle oben beim Namen 20 Pf., kleine Anzeigen das letzte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Leerraumgebühr 10 Pf., Familien- und Vereinstarifen 10 Pf. bei Zahlung unter Streifenband. Interests für den darauffolgenden Tag müssen frühestens bis 11 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Verleger: Kurt Nordens 2095

STREIFEN

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Friede und Nationalversammlung.

Haases Rede.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung hielt Senatsrat Haase folgende Rede:

Die Friedensbedingungen stehen in schroffem Widerspruch zu den Grundsätzen, die meine Freunde und ich während der ganzen Kriegsdauer für den Frieden aufgestellt habe. Wir erheben deshalb den schärfsten Protest gegen diese Friedensbedingungen, die die Existenz dem deutschen Volk auferlegen will. Und wir haben ein Recht zu diesem Protest, weil wir jederzeit auch wenn die Kriegslage für Deutschland günstig war, den Gegnern den Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit zugestanden haben, den wir für das deutsche Volk forderten. Wir haben allen Schwandlungen zum Trotz den Gewaltfrieden von West-Brüssel und Versailles abgelehnt und damit vor aller Welt den Beweis erbracht, daß wir die politische und wirtschaftliche Unterdrückung auch besiegter Völker verabscheuen. Wir haben, als unser Volk von Siegestimmung erfüllt war, den Elsch-Lesingern, den Bewohnern von Nord-Sibirien, den Polen das Recht eingeräumt, nach freiem Willen über Schicksal zu bestimmen. Für uns war das Selbstbestimmungsrecht niemals nur ein leeres Wort, sondern eine aus innerer Überzeugung fließende Forderung. Wir beurteilen es deshalb mit vollem Recht, daß die Grundsätze des Selbstbestimmungsrechts der Völker, das sie historisch proklamieren hat, in geradezu schändlicher Weise bei der deutschen Volkswahl verletzt hat. Schon die politische Vernunft hätte sie davon abhalten müssen, die territorialen Interessen der Völker festzusetzen, ohne in freier und befreiter Zustimmung der Völker der betreffenden Bevölkerung zu erfolgen. Denn die Folge dieser Mißtat ist die Verletzung der Unabhängigkeit, die die Schaffung einer Freiden, die die Befehle neuer Williger Konflikte in sich trägt.

In diese Verpflichtung, Frankreich für die Herstellung seiner vollen Souveränität zu leisten, haben wir aus eigener Initiative übernommen anerkannt. Der Anspruch Frankreichs auf die Anerkennung der Souveränität als gute Wiederherstellung der französischen Republik ist von uns nicht in Zweifel gezogen worden. Frankreich beschränkt sich aber nicht auf die Wiedergutmachung des Schadens, es verlangt die

Abtretung des vollständigen und unbeschränkten Eigentums an den Kolonialgebieten.

Die Regierung des Saarlandes wird den Deutschen Völkern einbezogen und einer Kommission übertragen werden, die dem Völkerbund eingeschickt wird. Es handelt sich hier in Wahrheit um eine wirtschaftliche und politische Angliederung des Gebietes an Frankreich, und die nach 15 Jahren vorgesehene Befreiung der Bevölkerung was auch nicht einmal notwendig diese Funktionen zu verschleiern.

Als Opponenten mußte ich besonders auf die Bergewallung hin, die der Bevölkerung dieser Provinz zugeordnet worden ist. Der nordöstliche Grenz mit Remel, Schwarzort, Witten und über den Kopf der Bevölkerung von Deutschland losgetrennt, um, sei es an einen kaiserlichen Staat, sei es an Polen angegliedert zu werden. Seit 40 Jahre habe ich in Opponenten gelebt und bin mit der Bevölkerung der ganzen Provinz in enger Verbindung gewesen. Niemand hat die Bevölkerung jenes Gebietes, das jetzt vom Deutschen Reich losgerissen werden soll, an eine Trennung gedacht, wie die Vereinigung mit einem anderen Volk gewünscht. Sie wird einfach durch einen Gewaltakt

wie eine leblose Masse

an einen anderen Staat verschoben. In den südlichen Gebieten der Provinz, in denen eine Abstimmung vorgesehen ist, sind ebenfalls Bestrebungen hervorgetreten. Die Art der Abstimmung bietet keine Garantie, daß der wahre Wille der Bevölkerung zum Ausdruck kommen und die neuen Grenzen bestimmen wird. Durch die Angliederung Weipreßens an Polen ohne Befragung der Bevölkerung, durch die schlecht verfaßte Aufgliederung der angeblich freien Stadt Danzig, die von einem fremden Kommissar verwaltet, von Polen nach außen vertreten werden soll, an den polnischen Staat wird Opponenten von den übrigen Teilen des preussischen Staates völlig abgeschnitten. So muß es, verurteilt und eingeschneidet wirtschaftlich verkommen. Für dieses grausame Schicksal ist keinerlei Begründung in den Wilsonschen Programmforderungen gegeben.

Ich will die übrigen Gewaltakte, die im Friedensvertrage enthalten sind, nicht im einzelnen aufzählen. Wir verlangen, daß nirgendwo der Wille der Bevölkerung bei der Abänderung der Grenzen mißachtet wird. Wir wollen kein Volk wider seinem

Willen unter deutsche Herrschaft zwingen, protestieren aber auch, daß das deutsche Volk durch offenen oder versteckten Zwang fremden Willen unterworfen wird. Wir sollen nach dem Inhalt des Friedensvertrages die Unabhängigkeit Deutsch-Oesterreichs als unabänderlich anerkennen. Das tun wir gern. Daraus folgt aber auch das unabänderliche Recht Deutsch-Oesterreichs, sich nach seinem Willen mit dem deutschen Volk zu vereinigen.

Die wirtschaftlichen Forderungen des Friedensvertrages sind so hart, daß wohl die Furcht aufkommen konnte, das deutsche Volk müßte unter diesem Druck zusammenbrechen. Und sie sind zum Teil unerfüllbar. Die Volkswirtschaft wird verurteilt eingeschneidet, daß sie kaum noch lebensfähig bleibt. Die Gegner halten jetzt dem deutschen Volk vor, daß die deutschen Militärs und Imperialisten erzwungen, den Krieg geführt und die brutalsten Verwundungspunkte als ihr Kriegziel aufgestellt haben. Würde doch auch mit ähnlicher Offenheit den Gegnern, als sie zu unterliegen schienen, das „Recht der Besiegten“ zugestehen. Immer von neuem wird den Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, entgegengehalten, daß sie kein Recht zum Klagen hätten, da sie doch in West-Brüssel und Versailles ebenfalls die Gewalt an Stelle des Rechts gesetzt. Das alles ist richtig, kann aber meine Forderung nicht hindern, mit dem größten Nachdruck vor einem Frieden zu warnen, der unmittelbar für das deutsche Volk, schließlich aber für die Welt unheilvoll sein muß, da er neue Konflikte unheimlich aufwirft. Das deutsche Volk muß jetzt für die Verbrechen und Sünden seiner Herrschenden büßen.

Die andauernden Gewaltverbrechen, die am meisten dazu beigetragen haben, daß das deutsche Volk in das tiefe Angest gekürzt ist, versuchen jetzt die Spure abzulassen und

die Revolution für das verantwortlich zu machen,

was jetzt das Volk zu tragen hat und noch zu erdulden haben wird. Dieses nachlässige Bemühen ist erfolglos. Es ist historische Wahrheit, daß Hindenburg und Ludendorff Ende September vorigen Jahres der Regierung erklärt haben, daß der Krieg für Deutschland nicht mehr zu gewinnen sei, daß sie seine Fortführung nicht mehr verantworten könnten, und daß deshalb ein sofortiger Waffenstillstand nachgesucht werden müsse.

Die Schuld an der Katastrophe tragen die deutschen und österrussischen Militärs, die in der imperialistisch erhöhten Atmosphäre des Sommers 1914 den Weltkrieg ermöglicht haben, tragen alle diejenigen, die die Kriegspolitik der früheren Regierungen unterstützt, den Krieg verlängert und es noch nach dem Waffenstillstand verhindert haben, daß mit dem alten Regime endgültig gebrochen wurde.

Denn in begeisterten Kundgebungen der letzten Tage betont wird, daß

der Geist von 1914 wiedererwacht

sei, wenn an einzelnen Stellen zu den Waffen gerufen wird, so soll man sich darüber klar sein, daß die Arbeitermassen nicht noch einmal einem nationalistischen Lärm verfallen werden. Unsere Aufgabe ist es, bei aller Bewegung über den uns zugewiesenen Frieden Wache und harte Taten zu verüben, die das Volk noch tiefer in das Verderben hineinziehen. Für das Volk ist der Friedenszustand unerwünscht. Es braucht ihn schließlich, um leben zu können. Infolge 800 Gefangenen läßt es zu Boden und Mutter, zu Frau und Kind, und sie dürfen nicht entkoppelt werden.

Die gequälten und zermarterten Massen des Volks wollen im Geiste der Revolution an den Aufbau der Gesellschaft teilnehmen. Sie wollen nicht weiter dulden über dem Hunger und Preisgegeben werden. In verschiedenen Zeitungen wird meiner Partei für den Fall einer Regierungsbildung zugewinkt, den Krieg formal zum Abschluß zu bringen.

Keine Fraktion lehnt diese Aufgabe ab.

Sie erwartet es für die Verpflichtung derjenigen Parteien, die die Kriegspolitik unterstützt haben, auch den Abschluß des Krieges herbeizuführen. Wie der Frieden nach den eingeleiteten Verhandlungen auch ausfallen mag, die Massen des Volkes werden immer dem Druck der Friedensbestimmungen schwer leiden. Wir erkennen mit Befriedigung an, daß die Sozialisten der anderen Länder mit großer Entschiedenheit das Werk ihrer Regierung bekämpfen und für einen gerechten Frieden einsetzen. Ob sie schon jetzt Erfolg haben werden, ist sehr zweifelhaft. Aber in allen Ländern ist der Boden revolutionär.

(Schluß der Rede auf Seite 2.)

Der Schrei nach den Räubern.

Die Protestierung der deutschen Nationalversammlung vom Dienstag begann mit einer wohl vorbereiteten und ebenso klugen Rede Scheidemanns, des Ministerpräsidenten, worin er sich gegen die harten Bedingungen des Friedensvertrages wandte und erklärte, daß die Reichsregierung ihnen niemals zustimmen werde. Die Sitzung schloß mit einem Schrei des Herrn Kehrnbach, des Präsidenten der Nationalversammlung, er rief nach den Räubern, die Vergeltung nehmen sollen für alles, was uns jetzt angetan worden ist.

Scheidemanns Ausführungen ließen nicht erkennen, daß die Regierung nicht unterschreiben wolle. Man erinnere sich bei seinen Ausführungen an die Rede, die vor einigen Wochen in Danzig aufgeführt wurde. Damals hatte die Regierung erklärt, daß sie niemals zustimmen würde, daß polnische Truppen deutschen Boden betreten würden, aber Danzig wolle man sie auf keinen Fall hereinlassen. In der Tat konnte man Bedingungen an, die weitaus ungünstiger für Deutschland waren; an dem Schicksal Danzigs hat die damalige Regierung, wie der Friedensvertrag beweist, nichts geändert, und die Polen sind aber durch ganz Deutschland gezogen, das so schwer darüberliegende deutsche Transportwesen noch schwerer belastet. Will die Reichsregierung, wollen die protestierenden Abgeordneten Parteien nur einige geringfügige Änderungen erzielen, die an dem Wesen des Gewaltfriedens nichts ändern, nur um dem deutschen Volk zu erlauben zu können, welche Weisheit und Geschicklichkeit in den Kreisen um Scheidemann und Engelberg walten?

Wie alle Reden Scheidemanns war auch diese für den oberflächlichen Zuhörer eine rechte Ohrweilke. Wer aber genauer ist, unter die Oberfläche althergebrachter und klärender Redewendungen zu blicken, der wird wiederum mit Schauern wahrzunehmen haben, wie bedeutungsvoll im Grunde genommen alles ist, was dieser Mann produziert, und wie bezeichnend es für Deutschland ist, daß ein Volkler von diesen geringen Graden ohne jede tiefere Bildung und unvollständigen Geschicklichkeit an der Spitze der Regierung stehen darf. Seine Rede wiederholte ab wüthend haben Drohungen, Bekleidungen, Klagen und kontinentalen Ausreden. Er hatte stürmischen Beifall im ganzen Hause, mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokratie, und selbst die Galerie stimmt laut in den Beifall ein, ohne daß der Präsident Gelegenheit nahm, diese in den abgeleiteten Räume eines Parlaments zu ungewohnter Stille zu befähigen.

Die nachfolgenden Reden der Regierungsparteien mußten geringere Wirkung haben, weil sie sich naturgemäß zum großen Teile wiederholten. Entweder hatte ihnen Herr Scheidemann die Punkte schon vorhergenommen, oder sie brachten noch mehrere Male das vor, was in Lausenden von Zeitungsartikeln dem Volk bekanntgegeben war. Allgemein war die Klage darüber, daß man sich in Wilsons so getäuscht habe. Bis auf wenige Ausnahmen soll der amerikanische Präsident während des ganzen Krieges den meisten militärischen Vorkämpfern und auch manchen Rechtsstaatlichen als ein kalter Schwitz, der nur die Interessen des englischen Kapitals vertritt. Nach dem militärischen Niederbruch Deutschlands änderte sich das Bild: man beschloß Willen als den reinen Idealisten und Heiler Deutschlands, man hoffte von ihm, daß er die Kräfte der Entente-imperialisten auslöschende werden werde. Wir haben uns wieder an dem Gok noch an der Liebe zu Wilson beteiligt, denn wir wußten nicht, daß der amerikanische Präsident, mochte er noch so reinen Willens sein, in der harten Welt der kapitalistisch-imperialistischen Locken keine Ideen von der Selbstbestimmung der Völker, von der Befreiung aller unterdrückten Druden, von der Schaffung eines wahren autoritären Bundes, von der Schaffung eines wahren Menschheitsfriedens niemals werde bewirklichen können. Nicht der Wilsonsche Idealismus, sondern der internationalen Sozialismus kann den wirklichen Völkern Frieden bringen. Nach der Kollisionskatastrophe des Friedensvertrages an Deutschland ist die Stimmung wieder unerschüttert. Nun wird er wieder geklopft, nun wird ihm vorangeworfen, daß alles nur um Trug sei, was er in seinen 14 Punkten verkündet hatte, daß er entweder nicht die Macht oder nicht den Willen habe, seine Grundidee zur Geltung zu bringen. Das lehrte fast in allen Reden der bürgerlichen Vertreter wieder.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine (U. S. F. D.) Groß-Berlin.

Heute, Dienstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr

Große öffentliche Volksversammlungen

Aula Friedrich-Werdersches Gymnasium, Niederwallstraße 34,
Unionsbrauerei, Hasenheide 22,
Gewerkschaftshaus, Engelufer 15,
Patschhofer Brauerei, Landsberg-Allee 26-27,
Königsbau, Große Frankfurter Straße 117,
Alt-Berlin, Blumenstraße 10,
Komeniususfesthalle, Memeler Straße 67,
Urania, Wrangelstraße 10-11,
Lokal „Süd-Ost“, Waldemarstraße 75,
Aula Gemeindeschule, Tilsiter Straße 4,
Aula Gemeindeschule, Görlicher Straße 51,
Brauerei Pfefferberg, Frankfurter Allee 314,
Aula Königstädtisches Lyzeum, Greifswalder Straße 24-25,
Musikersäle, Kaiser Wilhelmstraße 34,
Böhlow-Brauerei, Prenzlauer Allee 242-247,
Pharusäle, Müllerstraße 142,
Vorussiasäle, Aderstraße 6-7,
Schulaula, Müller-, Ede Triftstraße,
Schulaula, Wiesenstraße 66,

Schulaula, Grüntaler Straße 5,
Klostergarten, A. Spandauer Schiffsahrtskanal.
Charlottenburg:
Volksklub, Rosinenstraße 3.
Lichtenberg:
Café Bellevue, Hauptstraße 42,
Aula, Parkaue, an der Möllendorfsstraße,
Turnhalle, Bürgerheimstraße 3.
Reinickendorf-Ost:
Subertusäle, Provinzstraße 77-79
Friedrichshagen:
Konrad, Friedrichstraße 136.
Reinickendorf-West:
Sartmanns Brauerei,
Scharnweberstraße 101-104.
Tegel:
Vorsig-Kasino, Berliner Straße.
Weißensee:
„Zum Prälaten“, Berliner Allee 257,
Albrechtshof, Parkstraße.

Reutbahn:
Kliem, Hasenheide 13.
Brig:
Kadatz, Chausseestraße.
Oberschöneweide:
Mörners Blumengarten.
Köpenick:
Gesellschaftshaus, Grünauer Straße 26.
Pantow:
Zum Kurfürsten, Berliner Straße 102.
Schöneberg:
Aula Hohenzollernschule, Belziger Straße
Steglitz:
Aula der Realschule, Subentrauchplatz
Treptow-Baumhulenberg:
Spreegarten, Alt-Treptow 10-13.
Wilmersdorf:
Aula der Oberrealschule, Am Seepark.

Tagesordnung: Die U. S. F. D. und der Frieden.

Referenten: Aufhäuser, Martha Arendsee, Berger, Brühl, Breitscheid, Crispian, Dr. Cohn, Däumig, Dittmann, Goff, Ad. Hoffmann, Haase, Paul Hoffmann, Kubig, Kubnert, Küter, Leid, Lampe, Laufant, Malzahn, Mehrhof, Pessier, Radtke, Rosemann, Reitschlag, Dr. Rosenfeld, Schünig, U. Stein, Stimmig, Stöcker, Vogtherr, Dr. Weyl, Wegmann, Wikke, E. Wurm, Ziegler, Zeuner, Zubeil, Luise Ziegler

Arbeiter, Arbeiterinnen, Genossen, erscheint in Massen!

Gestaltet diese Versammlungen zu mächtigen Kundgebungen gegen jegliche Unterdrückung durch den internationalen Imperialismus und Kapitalismus!

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Erdgeisel, 7 Uhr: Friedrich Kayser, 7 1/2 Uhr: Pantomime.
Opernhaus 7 Uhr: Jodel in Ägypten.
Schauspielhaus 7 Uhr: Coriolan.
Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater 7 Uhr: Faust I.
Kammerspiele 7 1/2 Uhr: Der Kinderfreund.
Kleines Schauspielhaus 8 Uhr: D. Fischer & Pappert.
Direktion
E. Reinhard - R. Bernauer.
Theater I & II
Röntgenstr. Straße 7 1/2 Uhr: Stützen d. Gesellschaft
Mittwoch: Säulen der Gesellschaft.
Komödienhaus in der Marschallstraße, 8 Uhr: Erdgeist, Mittwoch: Erdgeist.
Berliner Theater täglich 7 1/2 Uhr: Sturm, die wieder lebten.
Lessing-Theater Direkt. Viktor Barnowsky. 7 1/2 Uhr: Der rote Hahn. Mittwoch: Peer Gynt. Donnerstag: Dies Iran.
Antisches Künstler-Theat. 7 1/2 Uhr: Der Schöpfer. Mittwoch: Der Schöpfer. Donnerstag: Dies Iran.
Neues Operettenhaus. 8 1/2 Uhr: Operette in 4 Akten.
Täglich abends
7 1/2 Uhr: Die keusche Susanne (auch Sonntags)
sonntags-Vorstellungen an sonntags finden vorläufig nicht statt.
Theater am Nollendorfsplatz. 7 1/2 Uhr: Der Juxxaron.
Krieg-Theater 7 1/2 Uhr: Kleine Skizzen.
Walhalla-Theater 7 1/2 Uhr: Der Jäger am Farnale.
Kasino-Theater Sonntagstr. 17. Täglich 7 1/2 Uhr: Kar noch bis 22. Mai
Kater Knolle. 8 1/2 Uhr: Die 23. Mai, s. l. Male
er selbige Hollenstahl
tag 8 1/2 Uhr: Hansi sei es.

Wintergarten

täglich 7 1/2 Uhr
Varietevorstellung
München restauriert.
Theater a. Kolonnen Tor
St. Jaromil Str. 11. 8
Abends 7 1/2 u. Sonntag
nachmittags 3 Uhr:
Elite-Sänger
1. und 2. Pr.
Städt. Singsch.
Bühnen-Konzert
Heute 7 1/2 Uhr
Sonnt. nachm. 3 Uhr.
Vorverkauf 11-1 Uhr.

Magim-Kino

Frankfurter Allee 275
vom 18. - 19. Mai.
3 Schläger!
Das Geheimnis
des Kilometersteines 13
im Rausch.
Nur eine Schauspielerin.

Artus-Hof

Perlebergstr. 26, Dir. C. Reich
Dienstag, den 13. Mai: Auf der
Sommerbühne mit Regendach
Punkt 8 1/2 Uhr
**Entscheidungs-
Ringkampf**
Zwischen Weltmeister Hein
und Barikowlack Polen.
Wenn noch Zeit, weitere
interessante Kämpfe.
Im Kinosaal bis Donnerstag.
Vaidemar Psilander
in: Das tote Schiff.
Dazu drei Tage verlängert
Vorherige Tochter, H. Tott
Freitag im Kino:
Der gelbe Tod.

Tanzinstitut J. Walsbartsen.
Tempelhofer Ufer 18 (am
Halleischen Tor). Anfänger-
Kurse, angeordnet Privatunter-
richt jederseits, moderner Tanz-
stil. 5. Juni 7 1/2 Uhr abends.
sämtliche Tänze der Neuzeit.
Gesang-V. zur Beteiligung
am Frühlingsfest gesucht ca.
200 M. Uberschub A. Sommer,
Wasser Str. 24.

Film-Palast

Kellers Festäle, Koppenstr. 29,
Direktion: J. Werner.
**Nur 3 Tage
Die Waise**
Drama in 3 Akten nach dem Roman
Die Waise von Lowood
Hauptrolle: Hilde Wüster
Auszerdem:
Des Lebens Rutschbahn
Schauspiel in 4 Akten mit Charlotte Böcklin
und das glänzende Beiprogramm
Anfang Wochentags 6 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Räte-Bund
Mittwoch, den 14. Mai, Abends 7 1/2 Uhr
im Oberlichtsaal der Pharmazie Sternburgerstr.
Redner: Däumig und Hinstein.
Freunde und Feinde: Alle sind willkommen.
Eintrittsgeld 20 Pf. zur Bestreitung der Unkosten.

Achtung!

Gastwirt! Autobesitzer! Kapitalisten!
Die größte Erfindung der Gegenwart, die beste
Kapitalanlage, das beste Volkswater-
haltungsmittel ist der neuesten
Hauskino-Apparat
mit Jahressubskriptionen der Originalen
Film-Apparat-Aktionsgesellschaft Berlin.
Gastwirte! Nutzt eure Säle selbst aus!
Vermietet sie nicht, oben das „Öl“.
Apparat gesehen zu haben. Die „Glasfilm“ liefert
die jede Woche wechselndes Filmprogramm für
jährlich 2500,- Mark.
**Apparat kostenlos, auch drei Jahre Stren-
gen des Abnehmens.**
In jeden Stadt- oder Dorfbereich kommt
nur ein Apparat!
Auf Wunsch Verleiherkosten.
Alles näher durch die
Originalen Film-Apparat-Aktionsgesellschaft
Berlin W 58, Hardenbergstraße 29, a.-a.
(Anstellungsallee am Zoo).
Tüchtige, kantonfähige, gut empfohlene, mit dem
Medizinen Verstandenen ihres Bezirkes absolut
vertraute Kreisvertreter werden gesucht.

Vereinigung der Rechtsfreunde
Berlin N 24, Friedrichstr. 127, nahe Karlstraße
die Rechtsfreunde d. großen Publikums!
Präsidentenwahl - Sonntag 9-11 Uhr.
Bisher gegen 120 000 Ratgeber.

U. S. F. D. Ortsgruppe Berlin-Wilmersdorf.

Dienstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr:

Öffentliche Volksversammlung

in der Aula der Oberrealschule am Seepark.
Thema: Der Gewaltriede und der revolutionäre Sozialismus.
Referent: Genosse E. Aufhäuser.

Freitag, den 16. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Goetheschule,
Röntgenstr. 26, Restaurant Schilling, Bauerburger Straße 21.

Die Revolution in Berlin.

Bildbilder-Vortrag des Genossen Hans Siemsen mit Originalaufnahmen
aus den Berliner Straßenkämpfen.

Willeh im Vorverkauf 4 M. beim Vorstand und bei allen Funktionären
der U. S. F. D., in der Freiheitspöbittion Siefelerstr. 48, im Restaurant
Piche, Saulsbörner Straße 26, Restaurant Schilling, Bauerburger Straße 21.

Verband der Maler, Sadiere, Aufreicher etc.

Bureau: Reichstraße 26, part. Filiale Berlin
Sprechstunde: Amt Donnerstag 4-7 Uhr
Sprechstunde: Amt Donnerstag 4-7 Uhr

Die Wahl der Delegierten zur 16. Generalversammlung am 7. Mai 1919 hat folgenden
Ergebnis erzielt:

Kategorie	Stimmen
1. Wahl	300
2. Wahl	150
3. Wahl	75
4. Wahl	37
5. Wahl	18
6. Wahl	9
7. Wahl	4
8. Wahl	2
9. Wahl	1
10. Wahl	1
11. Wahl	1
12. Wahl	1
13. Wahl	1
14. Wahl	1
15. Wahl	1
16. Wahl	1
17. Wahl	1
18. Wahl	1
19. Wahl	1
20. Wahl	1

Donnerstag, den 15. Mai 1919, abends 7 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, großer Saal

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Entwurf der Statuten zur 16. Generalversammlung
2. Berichterstattung der Vorstandsetzung
3. Beschlusstexte

Der Vorstand, bestehend aus 4 Mitgliedern mit dem Vorsitzenden im Rücktritt, ist, ohne bei
diesem gewählt zu sein, haben zu dieser Sitzung keinen Zutritt.
Die Ordnung.

Ich warne!

Alle künstliche und zerbrosene Zähne nicht
verwenden. Ich kenne dieselben in Berlin, Hotel
Prinzesshof, Dorotheenstr. 75 H. Z. 20.

Nur 3 Tage bleibe hier

und schenke dir 200 bis 300 Mk. und 1000
Geld bis 100, 200, 300, 400, 500, 600, 700, 800, 900, 1000, 1100, 1200, 1300, 1400, 1500, 1600, 1700, 1800, 1900, 2000, 2100, 2200, 2300, 2400, 2500, 2600, 2700, 2800, 2900, 3000, 3100, 3200, 3300, 3400, 3500, 3600, 3700, 3800, 3900, 4000, 4100, 4200, 4300, 4400, 4500, 4600, 4700, 4800, 4900, 5000, 5100, 5200, 5300, 5400, 5500, 5600, 5700, 5800, 5900, 6000, 6100, 6200, 6300, 6400, 6500, 6600, 6700, 6800, 6900, 7000, 7100, 7200, 7300, 7400, 7500, 7600, 7700, 7800, 7900, 8000, 8100, 8200, 8300, 8400, 8500, 8600, 8700, 8800, 8900, 9000, 9100, 9200, 9300, 9400, 9500, 9600, 9700, 9800, 9900, 10000.

Am 11. Mai 1919
an den Folgen
Schlaganfall, der
am 7. Mai in
auf einer Lager-
konferenz erlitten
insgesamt 100
unser herrenlos
trotzdem der
Schwierigkeit der
Krankheit
am 11. Mai
Die Beerdigung
am Donnerstag
15. Mai, nachm. 3 Uhr
von der Leichenhalle
Freiwilligen Feuerwehr
Pappel-Allee 13 aus
in die hiesige
Franz-Matthias-
Walter-
s. Frau
Marie
Hermann

Allen
traurige
meiner
guter
und
Freunde
August
in
Die
am
Mittwoch, den 14. Mai
nachm. 4 Uhr
der Leichenhalle
Marie-Friedrich-
Wilmersdorf

Allen
traurige
meiner
guter
und
Freunde
August
in
Die
am
Mittwoch, den 14. Mai
nachm. 4 Uhr
der Leichenhalle
Marie-Friedrich-
Wilmersdorf

Allen
traurige
meiner
guter
und
Freunde
August
in
Die
am
Mittwoch, den 14. Mai
nachm. 4 Uhr
der Leichenhalle
Marie-Friedrich-
Wilmersdorf

Allen
traurige
meiner
guter
und
Freunde
August
in
Die
am
Mittwoch, den 14. Mai
nachm. 4 Uhr
der Leichenhalle
Marie-Friedrich-
Wilmersdorf

In die Reihe dieser Protestkundgebungen tritt wie ein
kalter, aber erschütternder Windstoß die Rede des Vertreters
der Unabhängigen Sozialdemokratie, des Genossen S a a f e.
Es war für das ganze Haus wie ein Erlebnis. Daston sich
sehr viele Abgeordnete die Ausführungen der voran-
genannten Redner gedenkt, weil sie doch nichts Neues von
ihnen erwarteten, so füllten sich jetzt alle Plätze. Man er-
wartete mit außerordentlicher Spannung, was der Ver-
treter unserer Partei zu sagen haben würde. Man hatte
von vornherein das Bewußtsein: hier spricht nicht der Ver-
treter einer Partei der Vergangenheit, hier erweist das
Wort der Führer einer neuen Zukunft. Alles, was
überlebt ist an Gedanken und Vorstellunzen, an Formen
und Ausdrücken, was vorher in den Raum gerufen worden;
nun aber sprach ein, der mehr zu sagen hatte als zu
appellieren, zu klagen, zu warnen und zu drohen. Es war
der wasserverbindende und völkerverbindende Sozialismus,
dessen Sprecher Saafe war, von dem allein das Proletariat
Deutschlands wie das in der ganzen Welt Vorkämpfer aus
allem Fleiß erwarten kann. Saafe brauchte nicht zu ver-
schwören, daß dieser Gewaltfrieden auch von der Unabhängigen
Sozialdemokratie nicht bestritten wird. Er konnte sich
aber mit viel größerem Recht dagegen wenden, weil nur
unsere Partei während des Krieges gegen die Gewaltpolitik
nicht nur der Entente, sondern auch der deutschen Regierung,
das deutsche Militarismus protestiert und gekämpft hatte.
Wo aber waren damals die Leute, die sich heute so heftig
gegen den Gewaltfrieden der Entente entrichten? Gaben
sie nicht dem Machtfrieden und Zukünftigen zustimmt, haben
sie nicht die Kriegspolitik der deutschen Regierung 4/1, Jahre
lang gestützt und gefördert, die doch dem Gegner nur das-
selbe zufügen wollte, was uns jetzt zugefügt ist?

Wie steht es mit dem Einklang zwischen den Worten
der noch Berechtigt rufenden Revolution und ihren Taten
im eigenen Lande? Genosse Saafe mußte bei dieser Gelegen-
heit auf schärfste die neue Provokation der Arbeiter durch
die Mosk-Garde in Leipzig brandmarken. Er wies mit
klaren Worten auf den Widerspruch zwischen dem Ruf der
Revolution nach Einigkeit des ganzen deutschen Volkes und
der Unterdrückung der Arbeiterkraft, die Niederwerfung
unzähliger Proletarier durch die weißen Garde hin. Das
war natürlich dem Hause wie dem Präsidenten äußerst un-
angenehm. Man hatte sich die Einmütigkeit der Versamm-
lung so schön vorgestellt, und nun mußte man erleben, daß
jemand aufstand und den Redner anrief, daß sie Beiden
feien. Verächtlich verhielt Herr Koberger an seinen
Genossen zu unterbrechen, ihn von der Schilberung des
stanzlosen Vorkalles von Leipzig, von der Darstellung der
Gewaltpolitik der Regierung abhalten. Saafe mußte
reden, und er hat so laut geredet, daß es hoffentlich überall
verstanden werden wird.

Eigentlich hatte man von Saafe's Rede auch eine kleine
Sensation erwartet. In einigen Blättern war in den
stingsten Tagen gefagt worden, daß die Unabhängigen
Sozialdemokraten die Regierung übernahmen sollten, wenn
sie durch den Friedensvertrag unterzeichnen wollten.
Genosse Saafe hat eine klare Antwort hierauf gegeben. Die
Unabhängigen Sozialdemokraten drückt gar nicht davon, den
Schuldigen zu dem Verfall, den Leuten, die verantwort-
lich für die Lage, in die Deutschland geraten ist, die Ver-
antwortung jetzt abzunehmen. Mögen die Scheidemann und
die Erberger, mögen Demokraten und Republikaner, die die
Kriegspolitik der alten Regierung so eifrig anstößt, sie für
alle Kredite haften haben, die durch ihre Politik jede
Möglichkeit, den Krieg früher zu beenden, unendlich gemacht
haben, jetzt auch die Liquidierung der Konsumstoffe über-
nehmen. Die Unabhängigen Sozialdemokraten müßte genau
zu kurzschließen sein, wie etwa die rechtssozialistische Partei,
wenn sie jetzt um eines Scheinerrfolgs willen die Leitung
der Regierungsgeschäfte übernehmen wollte. Dabei darf
nicht vergessen werden, daß die bürokratischen Politiker, wie
Herr Wolff vom „Berliner Tageblatt“ die der Unabhängigen
Sozialdemokratie zureden, sie solle die Regierung über-
nehmen und den Friedensvertrag unterzeichnen, wenn sie
es für notwendig halte, nicht etwa wünschen, daß wir mit
der kapitalistischen Gesellschaft ein Ende machen und mit der
Errichtung eines sozialistischen Gemeinwesens beginnen,
sondern sie meinen, daß wir das alte Staatswesen mit
unserer Firma so lange decken sollen, bis die Unterdrückung
des Vertrauens darüber ist und wir dann von den
Innweibern in einen nationalsozialistischen Nationalismus
vollkommen verlornt werden können. Dafür danken wir
bestens, wir haben andere Aufgaben zu lösen, als den trostlos
Politikern die Nationen aus dem Feuer zu holen.

Der Tag schloß mit einem Skandal ab. Herr
Kobrenbach, der Präsident der Nationalversammlung, schien
zu glauben, daß er noch dem alten Reichstage verleihe und
daraus dem Hause ebenfalls kommen dürfte, wie man es früher
von diesem Kontrahentenmannen gewohnt war. Auch er sprach
einiges davon, daß die Weimar keinen Frieden der Ver-
ständigung, sondern der Gewalt schließen wollen. Dann
frante er, wo denn die Vertreter der Räte in den anderen
Ländern seien, ob sie nicht dagegen zu laßen hätten. Er
frante die Männer der Räte im Auslande, ob sie wissen,
daß man und zugrunde richten wolle. Schließlich aber tat
er das Häuße, was ein Präsident der Nationalversamm-
lung in dieser Lage tun sollte. Er behauptete klar und un-
zweideutig, daß nicht Deutschland, sondern die Entente
die Schuld am Kriegsausbruch trage. Das ist
Herr Kobrenbach, nachdem selbst der Leiter der deutschen
Friedensdelegation, Graf Brockdorff-Rantzau vor dem Par-
lament der Staatsmänner der ganzen Welt eingestanden mußte,
daß Deutschland zum mindesten nicht weniger Schuld an
dem Krieg habe, als die Alliierten. Glaub' denn ein vernünf-
tiger Mensch, daß durch diese Behauptung von der völligen
Schuldlosigkeit Deutschlands einen günstigen Eindruck auf
die Entente mache und sie eine Revision des Friedensver-
trages geneigter machen würde? Damit aber nicht genug.
Herr Kobrenbach rief das Volk zur Rache auf. Er
rief in das Haus, daß solange deutsche Frauen Kinder ge-
bären würden, sie die Schwänzen abwerfen und die
Schwanz abwerfen würden, die jetzt dem deutschen Antlitz
zugehört werden solle. Das ist der Ruf für die Re-
volution, das ist blanke nationalsozialistische Propaganda,
und furchtbar war es, daß Herr Kobrenbach, als er mit dem
parlamentarischen Völkchen Deutschlands, Deutschland
über alle seine Rache schick. Zustimmung fand
nicht nur bei der sozialistischen Partei, sondern auch bei einem Teil der Republikan-
listen.

Dieser Tag hat wiederum gezeigt, wie wenig das
deutsche Volk von dieser Regierung und von dieser National-
versammlung zu erwarten hat. Unfähigkeit und Ruchlos-

igkeit bestimmen ihre Politik nach außen wie nach innen.
Und wenn es nicht gelingen sollte, die Friedensbedingungen
in den entscheidenden Punkten zu mildern, wenn das deutsche
Volk die ganze Härte des Gewaltfriedens auf sich nehmen
müßte, so mag es sich nicht nur bei den alten Kriegsparteien,
bei der Regierung Ebert-Scheidemann und ihrer Nationalver-
sammlung, diesem Musterbeispiel einer rückwärtigen und
gegenrevolutionären Körperchaft.

Gaafe's Rede.

(Fortsetzung von Seite 1.)

Die Weltrevolution ist auf dem Marsche, mag sie
auch langsamer weiterzuehen, als viele von uns wünschen. Sie
wird überall die Befreiung des Proletariats und damit die Befreiung
der Menschheit bringen. Sie wird auch den Friedensver-
trag, der uns jetzt aufgezungen wird, revidieren. Wir haben
bereits den Appell an die Sozialisten aller Länder zum gemein-
samen Kampf gegen das internationale Kapital gerichtet. Nicht
von der Revolution, die wir aus kühler Seele verabscheuen,
sondern

von der revolutionären Entwicklung der Welt

erwarten wir die Umwandlung des Friedensvertrages in ein
Einkündnis gleichwertiger Völker. Dann wird das Wort Nichts zur
Wahrheit werden: „Gleichheit alles dessen, was Menschenanständig
ist“.

Insofern Regierung hat heute wieder das ganze Volk an-
gerufen, daß es sich vertrauensvoll um sie schart. Es gehört
eine starke Kühnheit dazu, diese Aufforderung in dem Augenblick
zu erlassen, in dem das deutsche Proletariat so von der Regierung
provokiert wird, wie es noch nie vorher versucht worden ist. Wo
die waren die Gefangnisse so gefüllt, wie in diesem
Moment. Sie werden nicht mehr aus, um die von der Regierung
politisch Verfolgten aufzunehmen. So ist das Ruffen. Ge-
fangenenlager in München mit politischen Ge-
fangenen aus dem Ruhrgebiet belegt worden.
Wesem ist der General Koller im Auftrag der Regierung

in die völk friedliche Stadt Leipzig

mit allen modernen Kriegswaffen eingeladen; und hat die freien
Völker in kriegerische Feindlager verwandelt. Der Herr Reichs-
präsident, daß die Befreiung kampflos erfolgt sei und daß die
Rache nirgends geholt sei. Das war nach dem bisherigen Ver-
halten der Leipziger Arbeiter selbstverständlich. Die Leipziger
Arbeiter haben zwar den Belagerungszustand als ungerecht nicht
anerkannt, aber niemals ist dort die geringste Gewalttat vor-
genommen. Die Leipziger Messe hat sich noch gut gehalten
abgewickelt und die Sicherheit der Besucher ist in keiner Weise
gefährdet worden. Die Heranziehung der Truppen muß die Ar-
beiter die Aufmerksamkeit zeigen. Sie beschwören die Gefahr eines fürchter-
lichen Blutbades heraus. Am das Maß voll zu machen, hat Ge-
neral Koller die „Leipziger Postzeitung“ besetzt und das Er-
scheinen dieser Zeitung sowie der „Roten Fahne“ verboten. (Unter-
brechung: Zur Sache!) Meine Ausführungen stehen durchaus im
Zusammenhang mit der Sache, da ich gerade darlege, daß die
Regierung in einem der bedeutungsvollsten Augenblicke unserer
Vollzeit die in ihm vorhandenen Möglichkeiten noch vertieft, während sie
die Einigung des Volkes verlangt. (Präsident: Ich habe Sie des-
halb bisher auch nicht unterbrochen, bitte Sie aber, sich kurz zu
fassen.) Ich werde nur noch mit wenigen Worten auf die Unpo-
sition zurückkommen. Herr Koller hat, obwohl ihm auch nicht
der geringste Widerstand entgegengebracht worden ist,

sofort das Ständrecht verhängt.

Diesen Taten sind andere gefolgt, die das Ansehen der Natio-
nalversammlung im Inlande wie im Auslande auf das schwerste
gefährden müßen und die die Behauptung des Ministerpräsidenten,
daß wir in einem demokratischen Staat leben, Lügen krausen.
Drei Soldaten sind gestern unter dem Bruch der Verfassung in die
Wohnung eines der ältesten Mitglieder dieses Hauses, des Abge-
ordneten Frau Seyer in Leipzig, eingedrungen, haben sein Haus
durchsucht und auf Grund eines von Koller ausgehenden Haft-
befehls seine Verhaftung vornehmen wollen. Drei Personen in
Zivil, darunter eine im Anzuge, haben sich in die Wohnung des
Mitgliedes dieses Hauses, Dr. Kurt Seyer, begeben, haben eine
Hausdurchsuchung vorgenommen und ihn verhaftet wollen. Als Frau
Seyer nach ihrer Exkarnation fragte, wurden ihr nur Revolver ins
Gesicht gehalten wie dem Gewerken: das ist unsere Legitimation,
Schließlich legte der eine eine von dem Reichswehrminister Koller
unterzeichnete Legitimation vor. Es ist

das verfassungsmäßig garantierte Recht der Immunität,
das schon vorher gegenüber drei anderen Mitgliedern meines
Fraktion verlegt worden ist, in robbender Weise vorgewaltigt wor-
den. (Präsident: Ich rufe Sie zur Sache!)

Trotz dieser gewaltigen Hausdurchsuchung der Arbeiter fordert
die Regierung in demselben Atemzuge die Einigung des ganzen
Volkes. Eine solche Handlungsweise in einer schicksalsschweren
Stunde unserer Geschichte ist politisch nicht normal. Sie ist
in diesem Augenblick voller Wahnsinn und geradezu Verbrechen.
Das Volk hat überreichlich gelutet auf den Schlachtfeldern. Soll
es noch durch Exzession der eigenen Regierung begünstigt werden?
Wir sagen die existenzielle Feindschaft des Krieg im Innern wie
dem Krieg nach außen an.

Kaiser Volk kann nicht untergehen, es wird
nicht untergehen. Es wird durch die tieffste
Straf des Sozialismus zur Höhe sich erheben —
trotz alledem!

Ein Dementi, also eine Lüge.

Berlin, 12. Mai.

Offiziell wird mitgeteilt: Der Abg. Gaafe hat in der heutigen
Sitzung der Nationalversammlung der Regierung Verletzung der
demokratischen Grundsätze vorgeworfen, daß Reichswehrtruppen
Leipzig besetzt hätten. In der Nationalversammlung gegen Herrn
Gaafe zu polemisieren, war nicht angebracht. Ausgesprochen
sich mag hiermit folgendes werden: Die Truppen kamen auf
Verlangen der sächsischen Regierung, deren Au-
torität von den Leipziger Sozialisten des Herrn Gaafe fort-
gesetzt verweigert und verlegt worden ist. Unter der Füh-
rung des Abg. Seyer war in Leipzig ein regelrechtes ter-
roristisches Regime eingeführt worden. Wegen die Warnun-
gen der verantwortlichen sächsischen Regierung, die die große
Verletzung des Bundes unter sich hat, ist es nicht die Genossen des
Herrn Gaafe offen auf. Es ist allerdings außerordentlich uner-
freulich und peinlich, wenn in so wichtigen Stunden, wie sie das
Volk jetzt erleidet, Truppen die Regierung haben müßen.
Mögen die Sozialisten des Herrn Gaafe endlich demokratische
Grundsätze achten lernen und der Welt das Schauspiel deutscher
Kriegspolitik und des Bürgerkrieges nicht länger bieten.

Wie jedes amtliche Dementi, so ist auch dieses ein
Lüge. Es gab in Leipzig kein „terroristisches Regime“, son-
dern es herrschte bis zum Einzug der Mosk-Garde ein
Recht und Ordnung. Verbrechen wird, daß in
unangenehmer Weise und ohne, daß der normale Grund
los, der Belagerungszustand über Leipzig und damit über
Leipzig verhängt wurde; wenn als Terror ausbreitet
ist, so nur von der Regierung, die ihn jetzt noch durch die
Einmarsch der weißen Garde auf die Straße getrieben ist.
In der Nationalversammlung hat die Regierung
nicht erwartet, der einwandfreien Darstellung des Genossen
Gaafe etwas entgegenzusetzen, weil sie wußte, daß sie bei
voller Wahrheit entpönd. Hinterher kommt sie mit ihren
Rechtserklärungen. Er wird an dem Urteil der Na-
tionalversammlung über diese Regierung nichts ändern.

Die Protestbewegung in Frankreich.

Paris, 12. Mai.

„Humanité“ berichtet von starkem Besuch der
Versammlung der sozialistischen Parteien
des Seine-Departements in Paris. Das
Proletariat habe durch kühnen Beifall für die Revo-
lution gezeigt, daß es von einem Gewaltfrieden nichts wissen
wolle.

Zuerst warf Berensil der sozialistischen Partei
ihre Haltung im Kriege vor. Auf die überreichen
Friedensvorschläge habe man nicht eingehen wollen, weil
die Führer Frankreichs erklärt hätten, das wäre ein
hinführender Friede. Nach dem Siege aber habe es sich
gezeigt, daß man Eroberungen wolle; der Versailler Friede
mit seinen Annexionen, seiner wirtschaftlichen Annullation,
den furchtbaren Entschädigungen und dem Fortschritt sind
Völkerverdrängungen sei schlimmer, als der Friede von
Tilsit, er zeige den Bankrott der Willkürlichen Ideen von
Recht, Freiheit und Gerechtigkeit. Der Versailler Friede
rief Berensil, ist ein Elementarverbrechen, und man darf ihn
nicht unterzeichnen! Nur die Revolution kann die sozia-
listischen Fragen lösen und die augenblicklich in ganz
Europa bedrohten Revolutionen retten.

Trossard wünschte Uebersetzung eines National-
kongresses, um die erste Lage zu prüfen und der Revo-
lutionsgruppe und der Parteileitung Richtlinien zu geben.
Er sagte: Wir haben vor der Geschichte eine Verantwortung
zu übernehmen. 1871 trat diese Frage an die Sozial-
demokraten Deutschlands heran; damals widerstanden
Siebel und Rieffner der Erdrückung der Sozialisten
durch den Elager. Der Versailler Friede ist ein Elementar-
verbrechen zwischen Wilsons Ideologie und dem französischen
englischen und dem italienischen Imperialismus. Nur die
Sozialisten kann den Völkern Frieden sichern.

Sodann erhob Cahin Einspruch gegen die Ver-
tretung des Sozialismus und das linke Rheinufer bewacht werden
sollten; England stehe beinahe alle deutschen Kolonien
und erhalte die Stimme Ägyptens und die Unabhängig-
keitsbewegungen in seinen Kolonien. Der angebliche Friede
sei ein Gewaltfrieden geworden. Cahin frante
dann die inneren Kämpfe zwischen den Arbeiterpartei
demokraten und den Unabhängigen in Deutschland und
meinte, daß die Lage der Scheidemanns-
Regierung gefährdet seien und Gaafe um die
Unabhängigen zur Macht gelangen müßte.
Dies sei die Vorbedingung für die Revo-
lution des Versailler Friedens.

Als letzter Redner erklärte Doriot, dieser Friedens-
vertrag sei nur ein Kriegsvertrag; die Bourgeois müßten
gestürzt werden, damit die Sozialisten einen revolutionären
Frieden schließen können.

Endlich wurde einstimmig eine Tagesordnung
angenommen, in der die Sozialisten feststellen, daß die Re-
gierungen in jedem Satz des Versailler
Vertrages das Recht verließen. Die Sozialisten
widerprüchen voll Empörung der Einseitigkeit aller Punkte
nach Gerechtigkeit und Willkürlichkeit. Alle Verwicklungen
des Proletariats sollten die kühnste Aktion gegen den
denkartigen Imperialismus der Entente erfordern. Man
den Befehl der Internationalen Liga die Verammlung
sich auf.

Die Protestation der Internationalen.

Paris, 12. Mai. (Bericht.)

Der Ausschuß der Internationalen hat die Be-
stimmungen des Friedensvertrages geprüft und beschlossen, an-
zusehen, um ihm die Kraft der Sozialisten zu dem Vertrag
unterbreiten.

Englische Protestnamen.

Paris, 12. Mai.

Eine Warnung vor der Schaffung neuen Unrechts durch den
Friedensvertrag, das nach Jahren wiederum nach Gewissens-
schmerz, spricht „Manchester Guardian“ vom 8. 5. 1919
einem Leitartikel aus. Das Blatt mißbilligt die Ver-
einbarung, ebenso wie die in der Danksage und in
der Gaafe'schen Frage getroffene Lösung. Es bezeichnet die
finanziellen Bedingungen als für die englischen Arbeiter un-
erträglich und wünscht die Befreiung einer Summe, welche
Deutschland in kürzester Zeit zahlen kann, und zwar mit Hilfe
Englands. Eine solche Summe würde Deutschland nicht als
Gezogen betrachten, der zu schänden und zu verachten ist,
sondern als einen Teil Europas. In diesem Europa sei Deutsch-
land selber ein wesentlicher Bestandteil, und es bedürfe keiner
Jahre der Hilfe und Unterstützung Englands, um es vor
Anstoss zu retten.

„Daily News“ vom 8. 5. 1919 betont, daß die Dauerhaftigkeit
des Friedens nur in einer praktischen Organisation des Welt-
bundes erblickt werden könne. Verlage der Völkerverdrängung
müßten nur keine Behauptungen aufeinander, sondern der ganzen
Welt ein Einverständnis sein wiederherstellen. Schreie man zur
Gewalt zurück, so hätten die Verträge der Versailler Konferenz
die geringste Aussicht auf Dauer, und Europa und die Welt
den der drohenden Katastrophe gegenüber.

Der oberste Rat für Maß-Estirungen.

Paris, 12. Mai.

Der oberste Rat für Maß-Estirungen
besteht aus 21 Mitgliedern. Der oberste Rat
hat Millerand, den stellvertretenden Vorsitz hat

Wo steht der Hauptmann Petri?

Das Kriegsgericht der Garde-Kavallerie-Schützen-
bataillon hat wiederholt versichert, alles zu tun, um den
Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht restlos auf-
zuklären und alle Schuldigen und Mitschuldigen der ge-
richtlichen Bestrafung zuzuführen. Einer dieser Mitschuldigen
ist der Hauptmann Petri. Er hat nach der Aus-
sage des Zeugen Kellner Krupp beim Transport des
Genossen Liebknecht aus dem Edenhotel zu den un-
terliegenden Soldaten und Hotelgästen die Anweisung ge-
geben: „Macht das Schwein! Weiter sagte er nach der eidlichen Aus-
sage des Kellners Wiskeloh, man solle dafür sorgen,
dass Liebknecht nicht lebend ins Gefängnis komme. Der
Ingenieur Winter, dessen Aussage in der gestrigen
Verhandlung protokolllarisch verlesen wurde, hat über den
Hauptmann Petri ähnliche Angaben gemacht.

Trotzdem sieht Hauptmann Petri immer noch nicht auf
der Anklagebank, ja, man hat ihm noch nicht einmal die
Möglichkeit gegeben, wenigstens als Zeuge die ihm in den
Mund gelegten Anweisungen — abzustreiten. Es besteht
kein Zweifel darüber, dass derartige Anweisungen die Soldaten
zu ihrem Vorgehen angehalten haben. Die Soldaten sind
unbestritten verpflichtet, den Befehlen der Vorgesetzten un-
bedingten Gehorsam zu leisten. Nur durch das Verhalten
der Offiziere konnte dieses schreckliche Verbrechen verübt
werden. Wir sind uns aber völlig klar darüber, dass in
diesem Prozeß die wirklich Schuldigen nicht abgeurteilt
werden.

Durch die Aussagen der Zeugen Granitzke und
Weber hatte sich am gestrigen Vormittag die Verhandlung
wesentlich zugunsten des Oberleutnants Vogel ver-
schoben. Beide Zeugen bekundeten übereinstimmend, daß
Vogel während der Fahrt auf dem Trittbrett des
Karos stand und Rosa Luxemburg mit einem Schuß aus
seinem Revolver getötet hat. Dem Angeklagten wurde
eingehend ins Gewissen geredet, seine Schuld zu bekennen,
da die schwersten Verdachtsgründe gegen ihn vorlägen.
Er war jedoch zu keinem Geständnis zu bewegen, obwohl
auch der Verteidiger in dieser Richtung auf ihn einwirkte.
Wie wir schon in unserer gestrigen Abendausgabe mit-
teilen konnten, ist jetzt auf einmal ein „Merkantiler“ in
den Vordergrund getreten. Der Oberleutnant Vogel tat
logar so, als ob er diesen Mann kenne, verweigerte aber
über die Angabe der Personalien dieses „Unbekannten“
die Auskunft.

Am Nachmittag trat wieder eine Wendung zugunsten
des schwerbelasteten Angeklagten ein. Die Chauffeure
Janschow und Hall — denen es im Gegenstoß zu den
Zeugen Granitzke und Weber nicht verholten war, vor der
Eidleistung miteinander zu sprechen — wollten sich mit
Bestimmtheit darauf entsinnen können, daß Oberleutnant
Vogel nicht auf dem Trittbrett, sondern quer über dem
Fahrerfuß gelegen habe. Sie wissen auch nicht, daß er ge-
schossen hat; und berufen sich gleichfalls auf einen „un-
bekannten Mann“, den einer der Zeugen vor einigen
Wochen auf der Elektrizität sogar wiedererkannt
haben will. Es soll angeblich ein Marineoffizier
gewesen sein.

Eine große Heberaldung rief es hervor, als die Che-
frau des Chauffeurs Pöschel, der das Auto, mit welchem
Liebknecht nach Moabit transportiert werden sollte, lenkte,
die Aussage machte, ihr Mann habe ihr gesagt, wenn die
Eadie ausbläue, dann gebe es wieder Geld zu Hause.
Kapitänleutnant Flugl-Hartung wird angefordert,
sich zu dieser Aussage zu äußern. Er gibt zu, Pöschel
500 Mark geborgt zu haben, damit sich dieser einen Anwan
und ein Demd kaufen könne. Er habe Pöschel aber nicht
erkannt, habe vor allem nicht gewußt, daß dieser das Auto
erkennt habe, erst viel später — bei der Voruntersuchung —
ein paar Tage später den größten Teil wieder zurück-
bekommen. Pöschel bestätigte diese Angaben.

Das Gericht hat diese immerhin nicht unwichtige An-
gaben nicht viel zu wenig ernst genommen. Denn es
bleibt durchaus unverständlich, wie ein Kapitänleutnant
Wisslaff-Hartung einem Mann, über dessen Charakter, Zu-
verlässigkeit und Verion er absolut nichts wußte, der ihm
angeblich völlig unbekannt war, ohne weiteres die immer-
hin nicht unbedeutende Summe von 500 Mark borgen
konnte. Das widerspricht schon der militärischen Dienst-
vorschrift, die das Verbot von Geldleihen verbietet.

Der Prozeß mag ausgehen wie er will, eines steht
fest: Es sitzen noch nicht alle Schuldigen auf der Anklage-
bank. Immer mehr tritt das Bestreben zutage, alle
Schuld von den angeklagten Offizieren abzumähen und
den geistig minderwertigen Kumpen als den alleinigen Uebel-
täter hinzustellen. Demagogien werden wir auf die
Tat, daß zwischen den Schützen, die Runge auf Liebk-
necht und später auf Luxemburg ausführte, die Reitpöppe
von mindestens einer knappen Stunde lag. Die
unerbörte Brutalität gegen Liebknecht hatte sich sofort im
ganzen Hotel herumgesprochen. Ein Teil der Hotelgäste
und Hotelangestellten war darüber in derartiger Aufregung
geraten, daß sie sich mit Ekel von diesem Treiben ab-
wenden. Die Offiziere im Edenhotel aber wollen von
dem unerhörten Vorgang keine Kenntnis erhalten haben,
so daß dem Runge die Gelegenheit gegeben war, un-
beobachtet auch noch auf Luxemburg einzuschließen. Und
obwohl dann die Offiziere, die den Transport der Ge-
nossen Luxemburg und Liebknecht ausführten hatten, dem
Hauptmann Vahst bei der Rückkehr Meldung über die
unerhörten Vorgänge vor dem Hotel und über den Ver-
weh der Gefangenen erstatteten, konnte Runge nach wie
vor seinen Wadentritt verlassen, bis er schließlich, „weil
nichts gegen ihn vorlag“, entlassen wurde.

Vierter Verhandlungstag.

Die gestrige Vormittags-Sitzung wurde fast ausschließlich durch
die Vernehmung des Zeugen Max Weber ausgefüllt. Weber ist
einer der Hauptbelastungspersonen gegen den Ober-

leutnant Vogel. Er hat den Transport der Genossen Luxem-
burg vom Edenhotel nach der Liebknecht-Brücke mitgemacht und
sich auch an der Versteckung der Leiche beteiligt. Es ist ihm
auf das strengste verboten, mit dem Zeugen Granitzke, der gleich-
falls schwerbelastete Aussagen gegen Vogel vorgetragen hat, in
Berührung zu treten. Mit peinlicher Genauigkeit wird vom Verleser
darauf geachtet, daß dieser Berührung nicht eintritt.

Zeuge Weber:

Ich war Posten im Edenhotel und bekam den Befehl, das Auto
der Frau Luxemburg auf dem Transport zu begleiten. Vor dem
Hotelausgang erhielt Frau Luxemburg von Runge zwei Schläge über den Kopf, (Schlägen) und
wurde in das Auto geschleift, so daß der
halbe Körper draußen lag. Der Kopf lag nach hinten.
Runge versuchte, noch ein drittes Mal zuzuschlagen, der Dieb war
aber nicht mehr, da Frau Luxemburg sehr schnell weggetragen
wurde. In dem Auto saßen ein Chauffeur, ein Militärrat, Jäger
Poppe, eine unbekannte Militärperson, Oberleu-
nant Vogel und ich. Ich saß rechts neben der Luxemburg und
meine linke Hand hatte Poppe gefassen, wobei aber nachher,
daß es Granitzke war. — Verteidiger: Ich bitte, daß Granitzke
während der Vernehmung herausgesagt, ich habe noch eine Reihe von
Frauen zu helfen. Der Vorsitzende wußt Granitzke aus dem Sozi-
— Vors.: Wo war Oberleutnant Vogel, Zeuge: Auf dem
linken Trittbrett. Als wir abjunkte, kam eine Militärper-
son und schlug mehrere Male Frau Luxemburg
mit der Hand. Wir waren ca. 100 Meter gefahren,
als Oberleutnant Vogel den Revolver zog und auf Frau Luxem-
burg schuß.

Vors.: Wo hatte er den Revolver? Zeuge: In der
Hand. Ich glaube, daß er sie verlor. Vors.:
Sagte jemand etwas zu Oberleutnant Vogel? Zeuge: Ich
kann mich nicht erinnern. Er hat jedoch den Revolver
und schuß zum zweiten Mal. Er hielt den Revolver vor den Kopf.
Nach dem Schuß ging ein Juden durch den Körper.
Ich sah ganz dicht herangebracht an Luxemburg
und sah sie sterben. Nachher wurde eine Decke über sie gezogen.
Als der Schuß abgegeben wurde, war der Militärrat, der
vorher auf Luxemburg einschlug, nicht mehr auf dem
Wagen, nur noch eine unbekannte Militärperson.

— Vors.: Hatte dieser Mann eine Wundlade? Zeuge: Ja, er
hatte eine Wundlade. Vors.: Kennen Sie den Oberleutnant
Vogel? Zeuge: Der rechte Herr auf der
vorderen Bank, aber damals trug er keinen Namen.
— Vors.: Kennen Sie den Oberleutnant schon früher? —
Zeuge: Ich glaube, daß ich ihn schon früher gesehen habe.
Es wird sodann vom Vorsitzenden und auch vom Anklagever-
treter festgestellt, daß Oberleutnant Vogel bei seinen ersten Ver-
nehmungen einen außerordentlich kurzen kaum sichtbaren
Wort trug. Der Zeuge behauptet nun weiter mit Bestimmtheit
und ist trotz aller Anfragen nicht davon abzubringen, daß nicht
die unbekannte Militärperson, sondern Oberleutnant Vogel den
Schuß auf Rosa Luxemburg abgegeben hat. Er gibt dann noch
an, daß sie im Tiergarten die Leiche Frau Luxemburg aus dem
Wagen nahmen und ein Stück in die Anlagen trugen. Ober-
leutnant Vogel befaß dann Poppe und dem
Zeugen Weber, die Leiche ins Wasser zu wer-
fen. Sie wurde nach Angabe des Zeugen nicht mit Steinen be-
schwert. Der Zeuge war sich bei diesem Vorgang keiner
Schuld bewußt, weil Oberleutnant Vogel den Be-
fehl dazu gegeben hat.

Oberleutnant Vogel wird nunmehr vom
Vorsitzenden aufgefordert, sich zu der An-
sage des Zeugen Weber zu äußern. Er gesteht
den Angeklagten auf daß ihm vorliegende schwere Beweismat-
rial und
gibt ihm den Rat, die Tat einzugestehen.

Auch der Verteidiger redet auf den Angeklagten ein. Vogel er-
klärt trotzdem: nicht geschossen zu haben, und ver-
weigert auf die Frage, wer der „Unbekannte“
der noch im Wagen lag, denn eigentlich sei
die Aussage. Vors.: Ich halte Ihnen vor, daß das Mate-
rial gegen Sie schwer belastend wirkt, nicht nur durch die
Aussagen der Zeugen, sondern auch durch die Umstände, die der
Tat folgten. Ich lege Ihnen nahe, die Tat zuzugestehen, falls Sie
sie beangigen haben. Sie haben angegeben, Frau Luxemburg
wäre Ihnen von Sportkisten geraubt. Sie haben sogar gesagt, Sie
hätten verübt, die Sportkisten abzuwehren. Sie geben
zu, daß Ihre Meldung an Hauptmann Vahst
falsch war. Sie geben zu, Frau Luxemburg ins
Wasser geworfen zu haben. Sie geben zu,
daß ein Schuß gefallen ist. Früher haben Sie gesagt,
eine unbekannte Person sei aufgesprungen und habe geschossen.
Es wäre kein Soldat, sondern ein Zivilist gewesen. Trotzdem
wollten Sie dabei bleiben, daß Sie der Tat nicht schuldig sind und
Ihre Aussage darüber verweigern, wer die dritte Person war?
Ich halte Ihnen vor, daß die dritte Person nach Aussagen der
Zeugen sich an der Tat nicht beteiligt hat. Warum haben
Sie früher nicht angegeben, daß eine dritte
Person im Wagen anwesend war? Angeklag-
ter: Um jeden Verdacht von einer dritten
Person abzulenken. Im Sitzungssaal entsteht bei diesen
Anfragen eine große Bewegung.

Der Angeklagte Runge versucht hierauf, die Angaben
des Zeugen Weber abzuschwächen. Er behauptet, Weber könne
gar nicht gesehen haben, daß er auf Luxemburg eingeschossen
habe, weil Weber zu der Zeit im Wadentritt gewesen sei. Er be-
hauptet, Weber habe öfter zu ihm gesagt, er gebe nach der
„Koten Pöppe“ und der „Freiheit“, dort beläme er
Geld, um die Sache aufzuklären. Der Zeuge Weber weist diese
Behauptung entkräftet zurück. Der Verteidiger wendet sich gegen
die Perfidie des Zeugen Weber, da er wegen Verweh-
nung und unerlaubter Behauptung einer Leiche angeklagt sei.
Das Gericht will über diesen Antrag beschließen.

Der Zeuge Granitzke wird hierauf noch einmal unter An-
spruch gestellt und bleibt bei seinen früheren Be-
hauptungen. Er demonstriert den Sachverständigen Er-
mann und Bier, wo die Kugel den Kopf der Frau Luxem-
burg getroffen hat.

Es tritt sodann der Jäger Hermann Todde auf, der
angibt, heute ruhiger zu denken als in der Voruntersuchung. Er
könne deshalb die damals gemachten Angaben
nicht mehr in vollem Umfange aufrechterhalten.

Er weiß nicht mehr, ob die Person, die auf Frau Luxemburg ge-
schossen hat, auf dem Trittbrett stand oder im Wagen lag. Daß
der Körper der Betroffenen zusammenzuckte, kann er noch be-
haupten. Der Zeuge hat auch die Leiche der Frau Luxem-
burg mit beiseitegebracht. Nach den Anklagebeschwerden
hatte er den Eindruck gehabt, daß die Frau nicht mehr lange leben
würde. Er sah Karl Liebknecht an der rechten
Schulter. Das Begleichen der Leiche habe ein Offizier be-
sorgt. Ferner sagt der Zeuge noch aus: „Als ich vor der Ab-
fahrt neben dem Auto stand, kam jemand zu mir und sagte,
wenn ich den ersten Schlag gegen Frau Luxemburg führen würde,
beläme ich soundsoviel. Ich weiß nicht mehr, ob es eine Militär-
oder Zivilperson war, ein Kamerad war es bestimmt nicht, denn
er hat mich mit Sie angesprochen. Ich sagte jedenfalls, ich könne
nicht ein Weib schlagen, er solle es mir selber machen.“

Der Zeuge, der einen sehr unglücklichen Eindruck macht, erklärt
schließlich, er sei im Ermittlungsverfahren ein-
geschüchtert worden. Kriegsgerichtsrat Jörn, der die
Voruntersuchung geleitet hat, wendet sich bogen und beantragt,
den anwesenden Staatsanwalt Ortman als Zeugen zu
vernehmen, da dieser der Voruntersuchung beigewohnt habe. Der
Berichter wendet sich gegen die Vernehmung des Staatsanwalts
Ortman. Das Gericht beschließt jedoch, Ortman zu vernehmen.
Dieser bestätigt, daß der Zeuge Poppe in keiner
Weise bei der Vernehmung beeinträchtigt worden
sei. Kriegsgerichtsrat Jörn sei mit allen Personen, die zu Proto-
koll vernommen wurden, äußerst höflich umgegangen. Poppe
habe damals klar und bestimmt ausgesagt, wenn
auch zu Anfang etwas schüchtern.

Es tritt die Mittagspause ein.
In der Nachmittags-Sitzung richtet der Vorsitzende an den
Zeugen Granitzke die Frage, ob er sich mit Poppe und
Weber über seine Aussage verständigt habe.
Der Zeuge verneint dies.

Die Sachverständigen Strachmann und Bier geben hierauf ein
Gutachten darüber ab, ob Frau Luxemburg beim Abgeben des
Schusses schon tot gewesen sei, oder ob der Schuß erst ihren Tod
verursacht habe. Beide Sachverständige können Postives darüber
nicht sagen. Es sei wohl möglich, daß die Funktionen die
mechanische Folge des Schusses in dem toten Körper gewirkt seien.

Zeuge Janschow hat das Auto geführt, in dem Frau
Luxemburg saß. Er behauptet, Oberleutnant Vogel habe
auf dem Vorderfuß zwischen ihm und dem Mit-
fahrer gesessen und dabei seinen rechten Arm auf die
linke Schulter des Zeugen gestützt. Auf keinen Fall habe
der Oberleutnant Vogel auf dem Trittbrett ge-
standen. Der Schuß sei an der Ecke der Rindberger Straße
gefallen und zwar in demselben Moment, als Oberleutnant
Vogel mit ihm über den Weg gesprochen habe. Eine Verab-
redung, daß die Leiche beiseite gebracht werden solle, habe nicht
stattgefunden. Der Vorsitzende macht den Zeugen darauf
aufmerksam, daß er bei seiner ersten Vernehmung ebenso wie
Oberleutnant Vogel das Märchen aufgestellt habe.

Sportkisten hätten Frau Luxemburg geraubt.

Der Zeuge gibt dies zu, behauptet aber, von Oberleutnant
Vogel dazu aufgefordert worden zu sein. Janschow will auch davon
wissen, daß in dem Auto ein Mann mitgefahren sei, den er am
anderen Tag als Marineoffizier wiedererkannt habe. Der
Betreffende habe sich dabei fesseln zu erkennen gegeben und habe
gesagt: Sie wissen doch, daß ich gestern den Transport mitgemacht
habe. Bei dieser Unterredung habe der Marineoffizier ein Pa-
nolet getragen. Als er vor einigen Wochen mit dem Zeugen Hall
zum Gericht fuhr, habe er den betreffenden Marineoffizier auf
der Strohenbahn gesehen und ihn dem Zeugen Hall gezeigt.

Zeuge Hall hat während des Transportes neben Jans-
chow gesessen. Auch er gibt zu, das Märchen vom Raube
Luxemburgs durch Sportkistenräuber bei seiner ersten Verneh-
mung erzählt zu haben. Erst später habe er der Wahrheit die
Gere gegeben. Er behauptet gleichfalls, daß Oberleutnant Vogel
auf dem Rücksitz des Führerfußes zwischen ihm
und Janschow gesessen habe. Der Schuß in dem seiner
Reinigung dicht hinter ihm gefallen, aus welcher Richtung kann
er nicht sagen. Die unbekannte Militärperson
hat er nicht im Auto gesehen, er erinnert sich aber,
daß der Zeuge Janschow ihm einmal einen Marineoffizier gezeigt
habe mit dem Bemerkung, daß dieser an dem Transport teilge-
nommen habe.

Hierauf wird noch einmal der Zeuge Granitzke gerufen.
Der Vorsitzende hält ihm die entgegengesetzten Aussagen der
Zeugen Janschow und Hall vor, aber Granitzke bleibt mit aller
Bestimmtheit dabei, daß nicht die unbekannte Person, sondern
Oberleutnant Vogel den Schuß abgegeben hat. Auch der
Zeuge Weber erklärt noch einmal, Vogel habe
geschossen, es sei denn, daß der unbekannte
Schütze eine verblüffende Ähnlichkeit mit dem
Oberleutnant gehabt habe.

Das Gericht beschließt hierauf, die Zeugen
Weber, Poppe und Granitzke zu verurteilen. Der
Beschluß wird damit begründet, daß Poppe und Weber bei der
Versteckung der Leiche lediglich den Befehl ihres Vorgesetzten
ausgeführt hätten. Sie seien sich nicht bewußt gewesen, daß sie
sich dabei eine strafbare Danksagung auszusprechen ließen.
Eine Verurteilung des Täters habe ihnen fernzulegen.

Der Zeuge Adler, ein Angestellter des Edenhotels, hat
Frau Luxemburg am Boden liegen sehen. Er sah auch, wie ein
Schuß von Frau Luxemburg herumgezogen wurde. Als Frau
Luxemburg im Wagen gelegen habe, habe er
sie nicht für tot gehalten. Sie sei klar gewesen und
habe die Augen noch geschlossen. Blut hat der Zeuge am
Kopfe der Frau Luxem-
burg gesehen.
Kriegsgerichtsrat Jörn wendet sich an den Oberleutnant
Vogel die Frage, ob er vor seinem Transport durch
Leutnant Liepmann erfahren habe,
daß Liebknecht bereits tot sei.

Der Angeklagte behauptet mit Bestimmtheit, nicht mit Liepmann
darüber gesprochen zu haben, obwohl er zugibt, daß er diesen
beim Weggehen auf der Treppe getroffen habe. Auch Leutnant
Liepmann gibt an, daß er noch Rückfrage von der Unfallsituation den
Oberleutnant Vogel im Hotel getroffen habe, aber er habe nicht
mit ihm über Liebknechts Tod gesprochen.

Der Zeuge Walter Albert war Befehlsmittler im
Edenhotel und hielt sich am Abend der Ermordung in der Wadent-
tritte auf. Er läßt, daß Liebknecht verhaftet worden war und bei
seinem Abtransport Liebknecht erholten habe, die ihn
getötet hätten. Er befand sich innerhalb in großer Auf-
regung und als er später hörte, daß auch Frau Luxemburg fest-
genommen worden sei und sich im Edenhotel befinde, hatte er den
Eindruck, daß auch mit ihr die Sache nicht ausbleibe. Er beschloß,
ganz auszusparen. Er sah dann später das Auto, und etwa
15 Soldaten daneben. Dann sah er, wie Runge zwei
Schläge gegen Frau Luxemburg führte, der dritte

Schlag traf nicht, da sie inzwischen ins Auto gebracht war. Der Zeuge sagt dann deutlich aus:

Etwas eine Stunde später kam Runge zurück und legte sich schlafen. Im selben Moment kam auch eine Abteilung zurück, die Liebknecht wohl weggebracht hatte. Sie unterließ sich aufgeregt und hatte auch mehrere Flaschen Wein und Zigaretten. Ich fragte, ob Liebknecht wirklich tot sei und bekam eine bejahende Antwort. Zigaretten und Wein waren von den Offizieren gestiftet. Der Zeuge gibt weiter an, daß der Offizier, der Frau Luxemburg aus dem Edenhotel begleitet, keine Anstalt getroffen hat, den zweiten und dritten Schlag des Runge zu verhindern. Kriegsgerichtsrat Jörn hat dem Zeugen hierauf vor, daß er seine Angaben anfänglich an anderer Stelle gemacht habe. Der Zeuge bestreitet aber, der "Freiheit" den Bericht eines Augenzeugen vom 18. Januar übergeben zu haben, wohl aber habe er dem Vollzugsrat Mitteilungen über seine Beobachtungen gemacht. Der Zeuge bleibt dabei, daß der Offizier gegen Runge einschreiten konnte, wenn er dies gemerkt hätte.

Die Frau Anna Wandinger war Wäscherin im Edenhotel und hat gesehen, wie ein Soldat einen Schuh der Frau Luxemburg im Besitz hatte. Er sagte ihr, diesen Schuh würde er sich als Andenken aufbewahren.

Dem Jungen Mitstreiter Schlegel war der Angeklagte Runge während der Verhandlung zugezogen. Er sagte aus, daß er einen Befehl von dem Leutnant Piepmann erhalten habe, daß Runge zu entlassen sei. Am 18. Januar sei dann Piepmann in sein Quartier gekommen und habe gesagt, ob Runge bereits entlassen sei. Er habe sich auch danach erkundigt, ob der Zeuge den Befehl noch in den Händen hätte. Mitstreiter Schlegel habe dabei den Eindruck, als ob er mit dem Befehl irgend etwas nicht in Ordnung sei. Somit er noch weiß, habe auf dem Befehl gestanden, er sei zu vernichten.

Der Laucher Kapp macht als Sachverständiger genaue Angaben über das Abführen des Landwehronnals. Er hat den Kanal von der Lichtensteiner Brücke bis zur Schleuse sachgemäß abgesehen und dabei eine Männerleiche und 20 Weiber gefunden. Später hat er auch noch an der Chausseeburger Brücke Nachforschungen angestellt. Er nimmt an, daß die Leiche Luxemburgs entweder gleich vom Wasser fortgewehten und über das Wehr geschwommen ist. Es besteht jedoch auch die Möglichkeit, daß der Körper unter dem Wehr, das immer 80-90 Zentimeter geöffnet ist, hindurchgetrieben sei.

Zeuge Photograph Fischer gibt an, daß er noch der Tat in der Nacht im Edenhotel

eine Gruppenaufnahme gemacht habe.

Der Jäger Runge sei dabei zugegen gewesen. Diese Aufnahme sei später in der "Roten Fahne" veröffentlicht worden. Um ein Bedauern habe er sich nicht gehandelt, die auf dem Wille befindliche Wesselsche Leiche sei leer gewesen. Auf die Frage des Kriegsgerichtsrats Jörn, ob er wisse, warum Runge auf dem Wille eine vorgegebene Stellung einnahm, erwidert der Zeuge, daß Runge ein zufällig auf das Wille gekommen sei. Nach die Zeugen Wäner, die gleichfalls auf dem Wille zu sehen ist, bestreitet, daß ein Bedauern stattgefunden habe.

Sodann wird die Frau des Kraftfahrers Pechel vernommen, der den Wagen gesteuert hat, mit dem Liebknecht abtransportiert wurde. Sie sagt, ihr Mann habe ihr erzählt, er würde eine Belohnung erhalten, wenn die Sache gut abginge. Geld habe sie von ihrem Mann jedoch nicht erhalten, dagegen sei er mit einer Frau Krüger nach Weisau gefahren und habe die Frau dort bei seiner Mutter als seine eigene Frau vorgestellt.

Kriegsgerichtsrat Jörn: Angekl. Völkert, hatten Sie dem Kraftfahrer Pechel Geld gegeben? Wieviel? Angekl.: 500 Mark. Der Kraftfahrer gab an, er wüßte nicht, wieviel Pechel ein Auto und zwei oder drei Fremden in die Hand gegeben habe. Ich gab ihm 500 Mark unter der Bedingung, daß er sie mir zurückgibt, wenn er sie nicht mehr braucht. Kriegsgerichtsrat Jörn: Seit wann kennen Sie den Kraftfahrer Pechel? Angekl.: Am Tage nach der Fahrt mit Liebknecht lernte ich ihn kennen. Vorher kannte ich ihn nicht. Vorfrüher: Wo lernten Sie ihn kennen? Angekl.: Bei unserer gemeinsamen Vernehmung. Der Zeuge Pechel gibt an, Pechel wisse, daß er sich das Geld geborgt habe, er habe es dem Angeklagten aber wieder zurückgegeben, als er sich den Anzug nicht kaufen konnte. Anklageverte.: Wie ist es mit der Kaufsache Ihrer Frau, daß Sie eine Belohnung bekommen würden? Zeuge: Es hand in der Zeitung, es würde auf die Ergreifung Liebknechts 100 000 M. Belohnung geben. Ich dachte, ich würde auch etwas davon bekommen.

Der Bursche des Hauptmanns Rohlf gibt an, daß er Frau Luxemburg nach den Schüssen tot gehalten habe. Direktor Ott vom Edenhotel sagt aus, daß am Tage nach der Ermordung Dr. Gradowitz von der Division zu ihm gekommen sei und ihm ein Schriftstück überreicht habe, mit dem Auftrag, es dem Oberpersonal vorzulesen. Der Bericht der auf dem Schriftstück enthalten sei, sei von der Division herausgegeben und würde auch in den Zeitungen erscheinen. Er habe den Bericht den Hotelangestellten auch vorgelesen, einen Zusatz dazu jedoch nicht gemacht.

Es wird nunmehr beschaffen, die Kadavere des Ingenieurs Wiener zu verlesen, die dieser in der Voruntersuchung gemacht habe. Wiener befindet sich zur Zeit in Wien und kann als Zeuge nicht erscheinen. Der Zeuge wohnte während der Nacht im Edenhotel. Er hat den Bericht der Garde-Kaballerie-Schützen-Division in den Zeitungen gesehen und konnte auf Grund seiner eigenen Wahrnehmungen bestätigen, daß dieser Bericht den Tatsachen nicht entspricht. Er hat dießhalb einen Brief an den Abg. Dr. Cohn geschrieben und diesen beauftragt, von dem Brief in der "Freiheit" Gebrauch zu machen. Das ist auch geschehen. Der Zeuge hat in der Vorhalle des Edenhotels auch gehört, daß Hauptmann Peitz in Bezug auf Dr. Liebknecht die Behauptung gemacht habe, daß der Zeuge nicht wahr sei. Später sei Hauptmann Peitz förmlich vor Zeuge springend an die Offiziere herangekommen und habe ihnen etwas erzählt, was er jedoch nicht verstanden habe. Er habe den ganzen Vorgang als Unfug und Gemeinheit bezeichnet.

Die Verhandlung wird kurz vor 3 Uhr auf Dienstag verlegt.

Sitzung des Vollzugsrats.

Der Vollzugsrat beschäftigte sich in einer am Montag stattgefundenen Sitzung, an der auch der Ausschuss der Gewerkschaftskommission teilgenommen hatte, mit einer Resolution, die in der am 8. April stattgefundenen Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte angenommen worden ist. Diese, besagt, daß die Verammlung jedem, der sich bei den Revolutionären Verbänden anwerben läßt, die schärfste Verachtung ausspricht und die Arbeiterschaft auffordert, mit ehemaligen Angehörigen der Kosogarde nicht zusammenzuarbeiten. Diesen Beschluß haben sich mehrere Gewerkschaften zu eigen gemacht bzw. ähnliche Beschlüsse gefaßt.

Neuere Organisationen tragen gegen diese Beschlüsse starke Bedenken. Auch hat der Reichswehrminister Roske den schärfsten Kampf denjenigen Organisationen angelegt, die im Sinne dieser Beschlüsse vorgehen wollen. Wiederrum wollen die Gewerkschaften, die bereits diese Beschlüsse gefaßt haben, dabei beharren und den Kampf mit dem Reichswehrminister aufnehmen. Eine von beiden Hinterschaften gewählte Kommission wird beauftragt, gemeinsam mit dem Reichsministerium zu verhandeln, um dieses darauf aufmerksam zu machen, welche Gefahren drohen, wenn die von dem Minister Roske angeordneten Maßnahmen des Arbeiters gegenüber Zusammenhänge

Eine von den Patienten der Heilstätte Weesly eingegangene Beschwerde, daß der Zentralrat dem in Weesly gemählten Arbeiterrat die Existenzberechtigung verweigert, wird dadurch erledigt, daß eine Kommission mit dem Zentralrat in Verhandlung treten wird.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 12. Mai (im Aula-Gebäude der Universität).

Die Regierungsbänke, die Plätze der Abgeordneten und die Tribünen sind voll besetzt.

Präsident Rechenbach eröffnet die Sitzung um 3 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mitteilungen. Die beiden reichlichen Staaten haben sich zu einem Freistaat vereinigt. Eine Fülle von Telegrammen aus allen Landesteilen des Reiches gegen die Versplitterung Deutschlands durch den Friedensvertrag, gegen die wirtschaftliche Einführung, gegen die Auslieferung des Kaisers usw. werden zur Einsicht ausgelegt. Vor Eintritt in die Tagesordnung beauftragt als Vertreter der Universität Berlin Abg. Dr. Kahl die Nationalversammlung.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein: Entgegennahme einer

Erklärung über die Friedensbedingungen.

Ministerpräsident Scheidemann:

Wenn ich in Ihren Reihen die Vertreter aller deutschen Stämme und Länder sehe, neben den Abgeordneten der unbedrohten die Männer aus den bedrohten Ländern und Provinzen, die — wenn der Wille unserer Gegner zum Gesetz wird — zum letzten Male als Deutsche unter Deutschen tagen sollen, dann weiß ich mich von Herzen eins mit Ihnen, in der Schwere und Weisheit dieser Stunde, über der nur ein Gebot stehen darf: Wir gehören zusammen, wir müssen beieinander bleiben, wir sind ein Fleisch und ein Blut und wer uns zu trennen versucht, der schneidet mit mörderischem Messer in den lebendigen Leib des deutschen Volkes!

Ich habe die zuerst und übermittelten Bedingungen unserer Gegner vor ein paar Tagen in Vergleich gesetzt mit den entsprechenden Programmpunkten des Präsidenten Wilson. Darauf will ich heute verzichten. Seit ich die Forderungen in ihrer Gesamtheit kenne, läme es mir wie Pöbelerei vor, das Wilsonprogramm, diese Grundlage des ersten Waffenstillstandes, mit Ihnen auch nur vergleichen zu wollen! Aber eine Bemerkung kann ich nicht unterdrücken: Die Welt ist wieder einmal um eine Äußerung ärmer geworden. Die Völker haben in dieser an Idealen armen Zeit wieder einmal einen Glauben verloren.

Deutschland wird, wenn diese Bedingungen angenommen würden, nichts mehr sein eigen nennen, was außerhalb seiner berechneten Grenzen liegt.

Die Kolonien verschwinden,

alle Rechte aus staatlichen oder privaten Verträgen, alle Konzeptionen oder Kapitulationen, alle Abkommen über Konsulargerichtsbarkeit oder ähnliches, alles verschwindet! Deutschland hat im Ausland aufgehört zu existieren! Auch die Habel werden ihm weggenommen.

Aber noch nicht genug: Der Rat der Vier bestimmt: Verträge zwischen Feinden gelten als nichtig... Ausgenommen solche Verträge, deren Ausführung eine Regierung der alliierten oder assoziierten Mächte zugunsten eines ihrer Staatsangehörigen binnen sechs Monaten verlangt. Kriegsverpflichtungen Deutschlands in Bezug auf die Liquidation feindlichen Eigentums sind sofort einzustellen oder wieder gutzumachen. Angegen behalten sich die alliierten und assoziierten Regierungen das Recht vor, alles Eigentum, Rechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger ihrem Gebiet zurückzubehalten und zu liquidieren. Ich frage Sie, wer kann als deutscher Mann — ich will gar nicht jenseit als Deutscher — solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt! Und dabei sollen wir die Hände regen, sollen arbeiten, die Sklavenscheitern für das internationale Kapital arbeiten. Fronten für die ganze Welt! Ich frage Sie: Die lothringischen Erze, die ober-schlesische Kohle, das elbische Kali, die Saargruben, die billigen Nahrungsstoffe Polens und Westpreußens alles soll außerhalb unserer Grenze liegen, um die wir keinen höheren Schutz geben dürfen, als er am 1. August 1914 bestand, wohl aber unsere Gegner ganz nach Belieben und ganz zu unserer Schadenfreude. Sie können müssen alle deutschen Einkünfte in erster Reihe den Bedingungen für die Verzinsungen zur Verfügung stehen. Nicht für unser Volk, nicht für Kriegswitwen und Kriegserwitwen, alles als Produkt für deren Produkte die Weisheit vom Abnehmer feilschen werden. Das soll ein Volk machen, dem

das Gebot auferlegt wird:

Deutschland ist für alle Vorfälle, alle Schäden, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Nationalen infolge des Krieges erleiden, verantwortlich. Das soll ein Volk machen, das die Bedingungen seines Gegners nicht mitreden darf, sondern dem man die Bedingungen aufzuzählen hat, ohne daß es an den Entscheidungen beteiligt würde. Auf dessen eigene Bedürfnisse kein Recht! Nichts nimmt und dessen Bedürfnisse man mit der Handbewegung wegwirft! Deutschland verpflichtet sich leinere der alliierten und assoziierten Regierungen direkt oder indirekt irgendwelche Geldleistungen für irgendwelches Ereignis, das vor Aufzeichnung dieses Vertrages statt, zu bewilligen.

Und schließlich soll sich Deutschland verpflichten, alle Rechte der Weisheit, alle Bestimmungen und Anordnungen einzuführen, in Kraft zu setzen und zu veröffentlichen, die nötig sein könnten, um die vollständige Ausführung der oben erwähnten Bestimmungen zu sichern.

Wir haben Gegenentwürfe gemacht. Wir werden noch weitere machen. Wir leben unsere heilige Aufgabe darin,

zu Verhandlungen zu kommen.

Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar.

Da und dort regt sich schon die Einsicht. In den neutralen Ländern, in Italien und England. Vor allem auch — und das ist uns ein Trost in diesem letzten furchtbaren Auslösen chauvinistischer Gewaltpolitik — vor allem auch im sozialistischen Frankreich werden die Stimmen laut, an denen der Historiker einst den Stand der Menschlichkeit nach vierjährigem Morde messen wird.

Stehen Sie uns bei bei der Einbahnung der Verhandlungen. Wird dieser Vertrag wirklich unterschrieben, so ist nicht Deutschlands Reich allein, die auf dem Schlachtfeld von Versailles liegen bleibt. Daneben werden als ebenso edle Leichen liegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit freier Nationen, der Glaube an all die schönen Ideale, unter deren Banner die Entente zu setzen vorgab, und vor allem der Glaube an die Vertragstreue!

Wir wissen es und wollen es ehrlich tragen, daß dieser kommende Friede für uns eine Marter sein wird. Wir weichen nicht um jeden Preis von dem zurück, was unsere Pflicht ist, was wir ausgeübt haben, was wir ertragen müßten! Aber nur ein Vertrag, der gehalten werden kann, ein Vertrag, der uns am Leben läßt, kann die Welt wieder aufbauen! Wir müssen von der Niederlage und den Frankheiten der Niederlage gesunden, ebenso wie unsere Gegner von den Frankheiten des Sieges! Wir kämpfen nicht mehr, wir wollen den Frieden. Sie sehen mit Grauen am Beispiel unserer Gegner, welche Verzerrungen Gewaltpolitik und brutaler Militarismus hervorbringen. Wir wenden uns schmerzhaft von dem jahrelangen Morde. Bewußt: Wehe denen, die den Krieg herausgeschrien haben! Aber dreimal Wehe über die, welche heute einen wahrhaften Frieden verzögern auch nur um einen Tag! (Beifall)

Preussischer Ministerpräsident: Die Aufgabe der Regierungen sämtlicher deutscher Freistaaten ist folgende: Erklärungen abzugeben: In allen Gauen Deutschlands lobt in diesen dunkelsten Tagen unseres Volkes die Bitterung auf über den Friedensvorschlag unserer Feinde. Sie wollen uns für alle Zeiten

aus der Reihe der Kulturstaaten der Welt streichen

und wieder wie einst zur völligen Ohnmacht verdammen. Dem gegenüber erklären wir aber aller Welt: Lieber ist als Elend! (Beifall) Die Bedingungen, die dieser Friedensvorschlag aufzulegen will, sind selbst von dem entgegengesetzten Standpunkt nicht zu tragen. Wir sind in diesem Urteil einig mit der Regierung (Beifall), wir stehen einig und geschlossen hinter ihr. (Beifall) Die Reichsregierung hat unsere Zustimmung in dem Entschluß, diesem Friedensentwurf der Gewalt einen solchen Nachschuß, der Wiedergutmachung und der Völkerverehrung entgegenzustellen. In der bittersten und furchtbaren Not, die uns jetzt heimgesucht hat, stehen wir alle in unergründlicher Kreise zum großen deutschen Vaterlande. (Beifall) Das Deutschland von 1918 ist ein anderes als das von 1914. Es ist ein neues, freies, demokratisches Deutschland. (Beifall) Das freie Volk wird auch auf diesem Unglück einen Ausweg finden, der alle Völker der Welt mit emporschreit. (Beifall)

Abg. Müller-Breslau (Soz.): Bei dem jetzigen Friedensentwurf kann von einem Rechtsfrieden nicht gesprochen werden. Dieser Friede ist weiter nichts als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. (Sehr richtig) Was ist aus all den Idealen geworden, von denen man uns erzählt hat, daß der Krieg nur ein Kreuzweg war gegen Kaiserismus und Militarismus? Jetzt, wo Deutschland wehrlos gemacht ist, wollen der französische Militarismus und der englische Kapitalismus weiter ihre Unwesen treiben, während man uns politisch und wirtschaftlich knechtet. Wir Sozialdemokraten können einen Rechtsfrieden verlangen, denn wir sind, als die militärische Lage Deutschlands günstig war, für einen Frieden der Verständigung eingetreten. (Sehr richtig) Wir erkennen das Wilson-Programm als für uns verbindlich an. Wenn Völkern, die in Deutschland wohnen, werden wollen, oder wenn Polen polnisch werden wollen, müssen wir uns damit abfinden. Aber gestopft müssen sie werden. (Beifall) Wir schließen uns der Kundgebung der Ministerpräsidenten für Deutschland an. Wir sind mit unseren ökonomischen Brüdern ein Herz und eine Seele, wir gehen zusammen und nur die Gewalt kann uns trennen. (Beifall) Wir erheben Einspruch

gegen jede gewaltsame Lösbildung deutscher Volksteile

dem Körper des Reiches und fordern, daß unsere Unterhändler in Bescheidenheit mit allen Mitteln durchsetzen, daß nirgend ein Teil des deutschen Volkes von Deutschland losgerissen wird, ohne daß ein Zustimmung darüber stattfindet. (Beifall) Das deutsche Volk läßt sich auf die Dauer nicht zerhacken und der Tag der Wiedervereinigung der deutschen Völker wird kommen, an dem ein wirklicher Völkervertrag zwischen Arbeiter der ganzen Welt dem deutschen Volk für sein Verhalten in dieser Stunde Recht geben werden. Auch nach unserer Meinung sind noch schlimmer als die territorialen Bestimmungen die finanziellen Fesseln und wirtschaftlichen Bindungen, die man dem deutschen Volke auferlegen will und die nur erfüllt werden können, wenn man dem Deutschen auch das letzte Hemd vom Leib reißt. Deshalb sagen wir: dieser Friedensvertragsentwurf ist unzulässig und unerfüllbar und daher für uns unannehmbar. (Beifall) Es soll das Volk bekommen für die Fortführung der deutschen Sozialpolitik, für die Entschädigung an unsere Kriegserwitwen und Kriegshinterbliebenen? Wäre dieser Vertrag nicht so mühsam bereits Millionen unserer Väter auf der Straße beiseite gehen.

Das alte Regime

hat uns in der Welt vielfach in den Ruf der Zweideutigkeit gebracht. Wir wollen ernsthaft die Sünden der Vergangenheit befrachten. Wir wollen Schadenersatz leisten für Belgien und Rumänien. Wenn man aber das deutsche Volk zwingt, einen Vertrag zu unterzeichnen, der über seine Kraft geht, also über das hinaus, was es nicht erfüllen kann, so wird die junge Republik erneut in den Ruf der Zweideutigkeit und der Lüge kommen. Das aber darf nicht sein. Wir lehnen einen Vertrag ab, der uns alles nimmt und uns nichts gibt. Komme, was kommen mag: in einer Zeit, in der selbst die besten Nationen zu selbständigem Handeln erweckt werden, läßt sich das deutsche Volk nicht zur bloßen Verurteilung. Das mag sich Europa an diesem dunkeln Tage deutscher Geschichte merken. (Stürmischer Beifall)

Abg. Groeber (Zent): In dieser Trauer und bitterem Schmerz über das Unglück unseres Vaterlandes nimmt auch das Zentrum Stellung zu dem Vertragsentwurf der Entente. Auf Grund der Forderungen der feindlichen Mächte hat Deutschland die Waffen niedergelegt und den Waffenstillstand angenommen. Die Forderung der Feinde entspricht dem Ehrverzicht Deutschlands, auf Grund der Wilsonschen Punkte Frieden schließen zu wollen. Es lagen also auf beiden Seiten rechtsverbindliche Erklärungen vor. Das uns jetzt aber vorliegt läßt von den Wilsonschen Punkten keine Spur mehr erkennen. Das ist ein Wortbruch im vollen Sinne des Wortes. Hand in Hand mit den territorialen Beschlüssen geht die geforderte

Entschaffung Deutschlands.

Deutschland soll wehrlos gemacht und die obligatorische Dienstpflicht abgeschafft werden. Am ungeheuerlichsten sind die finanziellen Friedensbedingungen. Wird mit ihnen ernst gemacht, als der Verdringung der Feinde durch deutsches Geld vor der Verdringung der inländischen Zahlungsverpflichtungen, so wären Reich und Einzelstaaten zum Bankrott gezwungen. (Sehr richtig) Auch die Millionen Heller Sparz, die ihr Kapital in Kriegsanleihen angelegt haben, wären ruiniert, nicht minder alle Sparkassensparen und Banken, die ihre Gelder in Kriegsanleihen angelegt haben. Der allgemeine Bankrott wäre die notwendige Folge. England und Frankreich sind zwar einig in ihrem Haß gegen Deutschland, aber

nicht einig in ihren Kriegszielen.

Frankreich braucht ein leistungsfähiges Deutschland, das Frankreichs getriebene Finanzen durch seine Opfer wieder aufzurichten kann, England aber will einen unbedingten Konkurrenten sein und verlangt deshalb ein wirtschaftlich schwaches Deutschland. Alle die Bedingungen, die Deutschlands Wirtschaft in so unergründlicher Weise järvaden, sind eine Verdringung des französischen Kriegszieles. Solche Friedensbedingungen sind also vom Standpunkt unserer Feinde aus unerfüllbar. (Sehr richtig) Der Wirtschaftskrieg wird durch diesen Friedensvertrag nicht beendet, sondern er wird fortgesetzt mit neuen Mitteln bei die geringe Zeit. Eine solche Ungerechtigkeit und Grausamkeit bei die Welt noch nicht erlebt. (Sehr richtig). Wegen die drohende Gewalt wird nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Menschheit soweit sie sich noch ein freies Urteil bewahrt hat, entschlossen

Frau Wilm-Schuh (Soz.): Die Frauen aller Länder haben während des Krieges Ungeheures erlitten. Das Leid der Frauen und Mütter war international. Als der Waffenstillstand kam, zeigte sich aber, daß wir Frauen in Deutschland allein litten. Ich weiß nicht, ob unsere Schwestern jenseits der Grenzen jemals begriffen haben, welche Unmenschlichkeit der Hungerkrieg bedeutet. Aber wir deutschen Frauen und Mütter wir haben Hunger während des Krieges, wir haben es gesehen, wir haben Kinder hungrig und verhungert, wie ganze Scharen Millionen der hungernden Menschen am Hunger zu Grunde gingen. (Sehr wahr) Wenn die Entente eine Rechnung über die Leiden ihrer

